

wirklich mit der blassen Aussage begnügen, die Botschaft von der Erlösung vermöge den Christen in der Politik vor „heillosem Pessimismus ebenso wie vor oberflächlichem Optimismus“ zu bewahren? Wird damit die auch unter den Bedingungen des freiheitlichen Verfassungsstaats unvermeidliche Spannung zwischen dem Versuch eines Lebens nach dem Evangelium (Nachfolge!) und den politischen Sachzwängen und Mechanismen nicht zu schnell *eingeebnet*?

Es führt demgegenüber nicht weiter, wenn im letzten Absatz der Erklärung nochmals die Kraft christlicher Nächstenliebe beschworen wird: „In der internationalen Politik stellt uns das christliche Liebesgebot in besondere Nähe zu den armen und bedrängten Völkern und Volksgruppen.“ Gerade auf dem Feld der Entwicklungspolitik ist die Kluft zwischen dem, was beim Wort genommene Nächstenliebe fordern würde und dem, was politisch „machbar“ ist, zu groß, als daß man sie mit solchen gutgemeinten Formulierungen zudecken könnte. ™

Unterschätzt

Die Grünen haben sich nicht nur als Bewegung, sondern als Partei etabliert. Das zeichnete sich schon bei den Bundestagswahlen im März 1983 ab, als sie sogar in Nordrhein-Westfalen fast auf fünf Prozent kamen. Dies wurde endgültig klar bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg Ende März dieses Jahres, als die Grünen trotz des Auswechslens aller ihrer Kandidaten und vorausgegangenen heftigen Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen im Bund wie im Land ihren Stimmenanteil nicht nur halten konnten, sondern von 5,3 auf 8 Prozent hochkletterten und damit die Liberalen in ihrem Stammland überholten. Damit bekamen wenigstens vorläufig jene nicht recht, die meinten, die Bewegung sei in sich zu widersprüchlich, um bei Wählern auf Dauer Gehör zu finden.

Noch ist nicht abzusehen, wie sich dadurch das bundesrepublikanische Parteiensystem verändert. Aber daß weitere Veränderungen aufgrund des Vordringens der Grünen möglich und wahrscheinlich werden, liegt auf der Hand. Vermutlich wäre es unvorsichtig, dabei nur auf die linke Seite des Parteienspektrums zu blicken und die Grünen vorwiegend als ein Problem der Sozialdemokraten zu sehen. Auch wenn anhand der einzelnen Wahlkreisergebnisse klar ist, daß die grüne Wählerschaft vorwiegend zu Lasten der SPD geht, kann der Trend zu den Grünen doch bald Auswirkungen auf Regierungsmehrheiten haben, von denen auch die Union betroffen ist. Schon bei den Landtagswahlen in Berlin im Frühjahr nächsten Jahres könnte sich die gegenwärtige Entwicklung sehr zuungunsten der Union auswirken. Ähnliche Entwicklungen in anderen Bundesländern sind nicht ausgeschlossen.

Aber während dies vorläufig Spekulationen sind, zeichnen sich in der Art, wie sich die Grünen behaupten, bereits deutlichere Entwicklungen ab. Die Tageskommentatoren haben in der Analyse der Gründe vor allem einen Faktor unterschätzt, der zwar überall genannt, aber selten angemessen gewürdigt wurde. Wenn ca. 25 Prozent aller Jungwähler die Grünen wählen, dann kann man diese nicht mehr als eine landesbedingte Besonderheit oder als eine Zufallskoalition von Studenten, Naturfreunden und Anthroposophen abtun oder aus pietistischen Neigungen im Lande erklären. Es sieht so aus, als ob in den Grünen eine Art Jugendpartei heranwächse. In ihr artikuliert sich nicht nur Protest gegen vermeintliche oder wirkliche Verküsterungen im politischen System, sondern es kündigt sich ein *gewandeltes Politikverständnis* an.

Für dieses sind nicht so sehr parlamentarische Entscheidungstechniken maßgebend, sondern die *Umsetzung von Gefühlen und Erwartungen*. Von daher erklärt sich auch, daß ein Faktor, der vom Wähler sonst jeder Partei angekreidet wird, bei den Grünen nicht negativ durchschlägt: die fehlende innere Einheit. Auch Leitfiguren werden

zweitrangig. Deswegen behindert die Rotation zwar eine wirksame parlamentarische Arbeit, wird aber speziell von jugendlichen Wählern nicht als Nachteil empfunden. Erste Konsequenz aus dieser Entwicklung müßte sein, daß traditionelle Parteien mehr denn je die politische Auseinandersetzung mit der Jungwählerschaft suchen, und zwar nicht um über die politischen Sachfragen zu reden, sondern über Funktionieren und Nichtfunktionieren von parlamentarischen Systemen. se

Vorstoß

„Beter“ oder „Nichtbeter“ würde vor den Fluren US-amerikanischer Schulen stehen, wäre man einem Vorschlag zur Lösung im Streit um das *Schulgebet in öffentlichen Schulen der USA* gefolgt, der im Senat eingebracht wurde. Wenn man so die Schulen in Sektionen aufteilte, hieß es, würde dies den Schülern erlauben, je nach eigenem Wunsch am Gebet teilzunehmen oder auch nicht, ohne dadurch irgendwie benachteiligt zu werden.

Daß man die Menschen nicht nur nach ihren Rauch-, sondern nun auch nach ihren Betgewohnheiten trennen könnte, ist für Europäer nicht das einzige, was ihm am Stellenwert der Religion in den USA auffällt. Solange es sie gibt, leben die Vereinigten Staaten mit einem Widerspruch: Einerseits achtet man streng auf die Trennung von Staat und Kirche – als ein Sammelbecken religiös Verfolgter ist man dies seinen Vorfahren schuldig. Andererseits aber hat die Religion in kaum einem modernen Industriestaat eine solch starke Stellung wie in den USA. Religion als staatsbürgerliche Tugend und zugleich religiöse Toleranz – das will auf einen Nenner gebracht sein. Ob, und wenn ja, in welcher Form Beten in der öffentlichen Schule zugelassen ist, diese Frage gehört in den USA zu den *Dauerbrennern öffentlicher Diskussion*. Dieses Thema rührt Emotionen wach. 1962 hatte der Oberste Gerichtshof entschieden, das Spre-

chen von Gebeten in öffentlichen Schulen sei verfassungswidrig. Der Präsidentschaftskandidat *Ronald Reagan* holte vor Jahren dieses Thema wieder hervor. Es paßte nur zu gut in sein Bemühen um Restauration alles klassisch Amerikanischen. Wenige Monate vor der von ihm angestrebten Wiederwahl legte er dieses Thema dem Kongreß vor. „Nichts in dieser Verfassung soll auf eine Weise ausgelegt werden, die ein individuelles oder im Rahmen einer Gruppe durchgeführtes Gebet in öffentlichen Schulen oder anderen öffentlichen Institutionen verbieten würde. Keine Person soll von den Vereinigten Staaten oder irgendeinem Staat zur Teilnahme am Gebet angehalten werden. Weder die Vereinigten Staaten noch sonst ein Staat sollen den Wortlaut eines Gebetes in öffentlichen Schulen verfassen“, so lautete der Verfassungszusatz. Mit 56 zu 44 Stimmen nahm ihn der Senat an. Für die nötige Zweidrittelmehrheit fehlten elf Stimmen.

Widerhall fand die Auseinandersetzung vor allem bei *fundamentalistischen Gruppen*, Vertretern der elektronischen Kirche, jenen Predigern, die mit einigem, auch finanziellem Erfolg für die innere Erbauung vieler Amerikaner sorgen. Die verschiedenen Kirchen waren entweder gespalten in dieser Frage oder, so die katholische Kirche, sehr zurückhaltend. Denn hier macht sich niemand Illusionen über die Absichten Präsident Reagans und einflußreicher Gruppen, die dieses Vorhaben unterstützten. Gerade konservative Kreise sind mit ihrem Präsidenten nicht so zufrieden, wie dies in einem Wahljahr wünschenswert wäre. Deshalb konnte Reagan das Thema Schulgebet nur recht sein.

Daß wahltaktisch dieses Thema nicht zu vernachlässigen ist, zeigen *Umfrageergebnisse*: Rund 80 Prozent der amerikanischen Bevölkerung sollen die Wiedereinführung des Gebets befürworten. Und daß dies so ist, hat weniger mit Religion unmittelbar zu tun; Gebet wird vielmehr verstanden als Heilmittel gegen moralischen Niedergang. Wer betet, nimmt keine Drogen, achtet das Eigentum, steht zu den Werten Arbeit und Familie.

Mit dem nächsten Vorstoß, das Gebet in den Schulen einzuführen, wird fest gerechnet. Ob er Erfolg haben wird, ist schwer vorherzusagen. Außer in der Schule werden derweil weiterhin laut und vernehmlich Glaubensbekenntnisse abgegeben: im Kongreß, bei Parteikonventen, beim Gelöbnis auf die Fahne. nt

Ungeniert

Der lateinamerikanische Bischofsrat CELAM diagnostizierte in Bogotá „Fortschritte auf dem Weg zur Demokratisierung“ des Subkontinents, wies aber gleichzeitig auf die alarmierende wirtschaftliche Krise Lateinamerikas. Die Bischöfe sorgen sich vor allem um die *horrende Auslandsverschuldung* ihrer Länder, die erschreckend hohe soziale Kosten nach sich ziehe.

Wie ernst die Wirtschafts- und Finanzsituation der lateinamerikanischen Staaten ist, zeigen die neuesten Daten im Jahresbericht der „*Interamerikanischen Entwicklungsbank*“ (IDB). Mit 310 Milliarden US-Dollar machen die Schulden der lateinamerikanischen Staaten die Hälfte der Gesamtschuld aller Entwicklungsländer aus. Die Verdreifachung der Außenverschuldung in nur fünf Jahren hat bei stagnierenden, fallenden oder sogar negativen Wachstumsraten bewirkt, daß allein zur Tilgung des Schuldendienstes neue Kredite aufgenommen werden müssen. Nach dem IDB-Bericht ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um durchschnittlich drei Prozent gesunken. Durch das Ansteigen der Arbeitslosenrate sank das Pro-Kopf-Einkommen sogar um sechs Prozent und fiel auf den Stand von 1977 zurück.

Unter dem Druck des *Internationalen Währungsfonds* IWF haben die lateinamerikanischen Staaten begonnen, Austerity-Programme durchzusetzen, die ihnen zwar ermöglichen, die Zinslasten in höherem Umfang zu begleichen, die Chancen zu erneutem wirtschaftlichen Aufschwung aber stark

beschneiden. Trotz dieser wirtschaftlichen Zerfallserscheinungen hält die IDB Lateinamerika für einen „potentiell reichen Schuldner“. So gebe es beträchtliche materielle und personelle Produktionskapazitäten, brauchbare soziale und wirtschaftliche Infrastrukturen und Finanzsysteme. Voraussetzung für die Nutzung solcher Kapazitäten seien jedoch politisch stabile Systeme. Daran hapert es allerdings in den meisten Fällen.

Überhaupt neigen lateinamerikanische Regierungen dazu, die Schuld an der Schuldenlast vor allem außerhalb Lateinamerikas zu suchen. So ist immer wieder zu hören, die Banken der Industrieländer hätten ihnen jahrelang Kredite geradezu aufgedrängt; jetzt sei die lateinamerikanische Wirtschaft durch die allgemeine Rezession und die hohen Zinssätze gelähmt und solle sich noch möglichst aus eigener Kraft erholen. Die Kreditgeber-Länder und der Internationale Währungsfonds mögen gute ökonomische Gründe für ihre Austerity-Empfehlungen an die lateinamerikanischen Staaten haben.

Trotzdem verursacht die vom IWF verordnete *nationalökonomische Hungerkur*, wie sie vor allem die am höchsten verschuldeten Länder Brasilien, Argentinien und Mexiko durchzuführen gezwungen sind, einen zynischen Beigeschmack, nicht nur angesichts des verhungernenden brasilianischen Nordostens, sondern angesichts der sozialen Folgen der Schuldenkrise auf dem *ganzen* Subkontinent.

Wahrscheinlicher als die von den westlichen Ländern erwartete politische Stabilisierung Lateinamerikas ist die Ausbreitung sozialer und politischer Unruhen unter der Masse der armen Bevölkerung, die mit noch so notwendigem „Schuldenkrisen-Management“ nichts anfangen kann. Am Rande eine deutsche Sicht der lateinamerikanischen Wirtschaftskrise: Lateinamerikanische Politiker – so eine überregionale Tageszeitung – haben den Hang zur Demagogie, zum Egoismus und zur Korruption, was den Fortschritt hemme. Politikern eines ganzen Dritte-Welt-Kontinents kann man, hier zeigt es sich, viel ungenierter die Meinung sagen als etwa osteuropäischen Schuldner-Ländern. bu